



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Von der preußischen Grenze.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Von der preussischen Grenze.

Da die spanischen Angelegenheiten in der Regel von den Zeitungslesern überschlagen werden, so ist es vielleicht nicht unangemessen, hier die Aufmerksamkeit auf eine Aeußerung des Marschall D' Donnell zu lenken, eines der vernünftigsten Männer, welche die neuere Geschichte Spaniens ans Licht gezogen hat. Die Ultramontanen haben ihn nämlich heftig angegriffen, weil er nicht zu Gunsten des heiligen Vaters energischer gegen die piemontesische Regierung auftritt. Darauf hat der Marschall bemerkt, Spanien habe geschwiegen, weil man bei der jetzigen Lage Europas nicht wissen könne, ob die Freunde von heute nicht die Feinde von morgen sein könnten.

Diese Aeußerung verdient auch von andern Staatsmännern sorgfältig erwogen zu werden. Die Art und Weise, wie die piemontesische Regierung ihre Zwecke durchsetzt, hat mehrfachen Tadel gefunden, und auch wir sind keineswegs gemeint, für die Correctheit derselben einzutreten; es hätte Vieles artiger und schicklicher gethan werden können. Aber einen Tadel, den man auch häufig vernimmt, finden wir bodenlos lächerlich: den Tadel nämlich, daß Sardinien sich der französischen Politik in die Arme wirft. Wem soll es sich denn in die Arme werfen? Die Unterwürfigkeit Sardiniens gegen Frankreich wird einzig und allein durch die Haltung der übrigen Mächte mit Ausnahme Englands veranlaßt, und Niemand kann sie mit größerer Bitterkeit empfinden, als die piemontesische Regierung selbst. Nach den Vorfällen vor Gaeta kann Niemand daran zweifeln, daß wenn es einmal zu einer ernsthaften Coalition gegen Frankreich kommen soll, das Königreich Italien in derselben eine nicht unbedeutende Rolle spielen wird.

Ganz Europa hat das dringende Bedürfniß, daß die bisherigen faulen Zustände in Italien aufhören: denn durch sie wurde Italien ein Heerd der Revolution und ein Schauplatz der Rivalität zwischen Oestreich und Frankreich. Ein starkes Königreich Italien ist im mittelländischen Meer der natürliche Gegner Frankreichs und der natürliche Bundesgenosse Deutschlands; denn sobald Italien den Umfang erreicht hat, den es wenigstens zu wünschen berechtigt ist, gibt es keine Veranlassung mehr, welche einen Conflict zwischen beiden Nationen herbeiführen könnte.

Wo aber ein allgemeines Bedürfniß vorliegt, muß man schon über die Incorrectheit des Weges, der zu der Befriedigung derselben führt, ein Auge zudrücken. Wenn diejenigen, welche den lebhaftesten Wunsch hegen, daß Italien

ein Morast bleibt, um im Trüben fischen zu können, Victor Emanuel tadeln, so finden wir das ganz natürlich; wenn aber diejenigen ihn tadeln, welche für Italien eine bessere Gesinnung hegen, so mögen sie doch einmal sagen, was er denn eigentlich hätte thun sollen. Es ist freilich viel schöner und großartiger, immer offen und grade zu handeln; aber diese Politik kann nur der Starke befolgen; der Schwache muß die Umstände und die Gelegenheit benutzen, die sich ihm bietet. Die bisherigen Regierungen Italiens sind durch fremde Bajonette erhalten; wer wollte es dem König Victor Emanuel verargen, wenn er fremde Bajonette gleichfalls nicht verschmäht! Sein ganzer Charakter bürgt dafür, daß er sie nur so lange gebrauchen wird, als es unumgänglich nöthig ist. Aber Soldaten braucht er in der That, um „Italien zu machen“.

Dies ist der Standpunkt, auf welchen sich Lord John Russell in seiner neuesten Note stellt. Um dies Aktenstück richtig zu würdigen, muß man in Anschlag bringen, an wen es gerichtet ist. Erstens ist es an die englische Nation gerichtet, um ihr zu sagen, daß die Regierung sich mit ihr in Uebereinstimmung befindet und nicht, wie die preussische Zeitung nach Coblenz vermuthen ließ, mit den Gegnern Italiens. Zweitens ist es an die Königin Victoria gerichtet, die es darauf aufmerksam macht, daß die Krone, welche sie trägt, einem glücklichen Attentat ihren Ursprung verdankt. Wilhelm von Dra- nien fiel mitten im Frieden in England ein, veranlaßte die Unterthanen seines Schwiegervaters zur Empörung und usurpirte den Thron, der ihm nicht gehörte, theils durch seine Waffen, theils durch einen Parlamentsbeschluß. Das war nicht fein; aber es war nöthig, um England aus dem Morast zu retten, in welchen es die legitime Familie der Stuarts immer tiefer versinken ließ. Drittens ist die Note an den Kaiser Napoleon gerichtet, um ihm vor den Augen aller Welt zu erklären, wie England den Brief an Persigny auffaßt, ihm die Bedingungen festzustellen, unter denen er auf Englands Freundschaft rechnen kann. Es ist neuerdings Mode geworden, diese Freundschaft gering anzuschlagen; ob mit Recht oder Unrecht, das mag hier unerörtert bleiben: jedenfalls schlägt sie der Kaiser Napoleon nicht gering an, und darum ist die Note mehr als ein bloßes Schriftstück, welches als schätzbares Material zu den Acten gelegt wird.

Viertens endlich gilt die Note uns. Wir haben uns gemüßigt gesehn, der Turiner Regierung in einer Note, die viel correcter und eleganter geschrieben ist als die des Lord John, eine Vorlesung über das höhere Staatsrecht zu halten. Lord John, in seiner Art ein Humorist, erzählt uns, daß er auch den Battel gelesen hat, und theilt uns einige närrische Fragmente daraus mit; dann aber fügt er hinzu, er habe eigentlich keine Zeit sich auf solche Vorlesungen einzulassen, und erinnere sich nur aus den Erfahrungen des gemeinen Lebens an den alten Spruch: daß, wer den Zweck wolle, auch dieje-

nigen Mittel wollen müsse, die allein dazu führen. Das ist ein Satz, den unsers Wissens bisher noch Niemand bestritten hat, als Herr von Radowiz; aber die trivialsten Sätze sind grade die, auf welche man einen Deutschen am meisten aufmerksam machen muß.

Wenn man diese Voraussetzungen erwägt, so wird man finden, daß das Actenstück nicht leer ist, sondern wirklich etwas sagt. Die Engländer haben in ihren Staatschriften eine andere Logik als wir. Es kommt ihnen gar nicht darauf an, eine strenge Folgerichtigkeit zu beobachten, wenn nur im Einzelnen alles das gesagt wird, was gesagt sein soll.

Unzweifelhaft ist die Abfassung dieses Actenstücks durch die lächerliche Geschichte mit dem Capitän Macdonald wenigstens beschleunigt worden. Das wäre die eine gute Seite dieser Geschichte; sie hat aber noch einige andre. Wie wir über den Lärm der englischen Presse denken, haben wir im vorigen Hefte gesagt, es wird uns verstattet sein, andererseits der preussischen Regierung gegenüber folgende bescheidne Bemerkung zu machen. Gesetze sind nicht bloß dazu da, um auf dem Papier zu stehn, sondern um ausgeführt zu werden. Wenn ein Gesetz besteht, daß jeder Verhaftete innerhalb 24 Stunden verhört werden soll, und daneben eine Praxis, die diesem Gesetz widerspricht, so ist das nicht gut, und ein solcher Zustand bedarf dringend einer Abhilfe. Schlimm genug, daß erst ein Fremder uns darauf aufmerksam machen muß.

Dann ist es auch zweckmäßig, daß der preussischen Regierung einmal unumwunden gesagt wird, ihre europäische Politik erzeuge nicht ungetheilten Beifall. Wir sind oft in der Stimmung, sie gegen unsere liberalen Freunde zu vertheidigen, denn diese muthen ihr nicht selten Dinge zu, die sich widersprechen. Es ist unter andern ein thörichtes Verlangen, die preussische Regierung solle alles was sie vorhat, auf dem Markt austrommeln lassen. Zuweilen ist Reden gut und zuweilen Schweigen. Aber die preussische Regierung ist in ihrer Wahl in letzter Zeit nicht immer glücklich gewesen: oft hat sie geredet, wo es besser gewesen zu schweigen, und oft hat sie geschwiegen, wo ein lautes Wort nöthig gewesen wäre.

Das Schweigen ist ein wichtiges Mittel der Ueberraschung. Man soll dem Gegner nicht sagen was man vorhat, um nicht seinen Widerstand herauszufordern. Aber wenn man immerfort schweigt, so erregt man allmählig den Verdacht, man habe nichts zu sagen, und dieser Verdacht, gleichviel ob begründet oder ungegründet, schadet dem moralischen Ansehn des Staats. Wir wollen ein Beispiel anführen.

In der kurhessischen Sache hat Herr von Schleinitz gegen den Bundesbeschluß Protest eingelegt; er hat dem Landtag gegenüber erklärt, er habe die Folgen dieses Protestes nach allen Eventualitäten hin reiflich überlegt. Das war ein großes Wort und würde unter andern Umständen völlig genügt haben.

Denn es wäre eine unsinnige Zumuthung, er solle angeben, durch welche Mittel er seinem Protest Geltung zu verschaffen gedenke. Jenes Wort wäre völlig genügend gewesen, wenn Preußen in dem Credit stände, daß dem Wort die That folgt. Aber unter dem vorigen Ministerium war der einzig leitende Gesichtspunkt der preussischen Politik, bei allen Conflicten durchzuschlüpfen, um keine Soldaten und kein Geld zu verlieren, und das neue Ministerium hat nicht nur noch keine Gelegenheit gehabt, den Eindruck dieser Politik zu verwischen, es hat nicht nur, grade in der kurhessischen Sache, durch überlanges Schweigen vor dem Publicum die Wirkung seiner übrigens gut geschriebenen Note an den Bundestag abgestumpft, sondern es hat auch die Besorgniß erregt, als ob die Note und der Protest nicht Mittel, sondern Zweck wären. Eigentlich schreibt man eine Note doch nicht, um seinem Herzen Luft zu machen und damit einen lästigen Gedanken von seiner Seele abzuschütteln, sondern man schreibt sie, um etwas damit zu erreichen. Nun hat aber die preussische Regierung so häufig und so angelegentlich behauptet, sie wolle sich unter allen Umständen, es möge kommen was da wolle, streng in den Schranken der Bundespraxis halten, daß es ihr wirklich gelungen ist, nach allen Seiten hin die Ueberzeugung von ihrer Aufrichtigkeit zu verbreiten. Nach allen Seiten hin! Alle Welt sagt sich, — nicht bloß das Publicum, sondern auch die Regierungen — Preußen wird sich streng an die bundesgesetzlichen Schranken halten; nun gibt es aber keinen bundesrechtlichen Weg, dem Kurfürsten von Hessen gegen einen Bundesbeschluß zur Wiederherstellung der Verfassung von 1831 zu veranlassen; es gibt keinen bundesrechtlichen Weg, gegen den Bundesbeschluß eine neue Bundeskriegsordnung durchzusetzen. — Es gehört keine übertriebene Einsicht dazu, zu begreifen, daß diese allgemeine Ueberzeugung von der bundesrechtlichen Gesinnung Preußens nicht sehr geeignet ist, die Wirkung seiner Noten und Proteste zu verstärken, und daß es für den Zweck viel besser gewesen wäre, auch bei der loyalsten bundesrechtlichen Gesinnung, diese Gesinnung wenigstens nicht an die große Glocke zu hängen.

Ein andrer Punkt. Seit dem vorigen Jahr hat sich, ursprünglich im österreichischen Interesse, im Publicum die Ansicht verbreitet, der italienische Feldzug sei nur das Vorspiel zu einem Rheinfeldzug. Diese Ansicht des Publicums hat sich dann der preussischen Regierung bemächtigt, und sie ist es noch heute, welche ihre Politik bestimmt. Wir wollen nicht etwa den Glauben aussprechen, diese Besorgniß sei ungegründet; wir finden es vielmehr ganz in der Ordnung, daß Preußen die Gefahr scharf ins Auge faßt und auf die Mittel bedacht ist, sie abzuwenden. Aber wir glauben nur, daß es kein sichereres Mittel gibt, das Eintreten dieser Gefahr und zwar unter den ungünstigsten Umständen zu beschleunigen als die gegenwärtige Haltung Preußens. Denn so laut, daß es fast wie Ostentation aussieht, drückt die Regierung

ihre Besorgniß und ihren Wunsch aus, eine Coalition gegen Frankreich zu Stande zu bringen. Leidenschaften sind doch immer mächtige Triebfedern der Politik, und wenn der Kaiser Napoleon jetzt eine Leidenschaft hegt, so ist diese wohl gegen Preußen gerichtet wegen seiner Haltung in den letzten Monaten.

Man verzeihe uns noch eine triviale Bemerkung.

Eine Bundesgenossenschaft ist nur unter zwei Umständen denkbar. Entweder wollen beide Theile dasselbe, oder der eine leistet dem andern etwas, um von ihm eine Gegenleistung zu empfangen. Ein drittes gibt es nicht.

Was Preußen von den andern Mächten zu begehren hat, liegt auf der Hand: Fernhaltung des Auslandes in allen innern Angelegenheiten Deutschlands und freies Spiel gegen Dänemark in den Herzogthümern. Es giebt keine auswärtige Macht, welche dieselben Zwecke hätte: auf die erste Art der Bundesgenossenschaft kann Preußen also unter keinen Umständen rechnen. Weder Rußland, noch Oestreich, noch Frankreich, noch England ist etwas daran gelegen, Deutschland und in ihm Preußen erstarken zu lassen, denn sie finden ihre Rechnung weit mehr dabei, wenn Deutschland und in ihm Preußen schwach bleibt.

Es ist also für Preußen keine andere Bundesgenossenschaft denkbar als diejenige, in welcher es den Beistand oder die Neutralität andrer Mächte durch eine Gegenleistung erkaufte. Ja erkaufte! Das Wort ist sehr kaufmännisch, sehr wenig heroisch, noch viel weniger romantisch; aber die Kaufleute haben den Vorzug der Nüchternheit, und neben der Fähigkeit, kühne und durchgreifende Entschlüsse zu fassen, die freilich auch sehr wesentlich zur Sache gehört, ist Nüchternheit in der Wahl der Mittel eine der wesentlichsten Bedingungen einer gesunden Politik.

Von diesem Standpunkt aus ergibt sich auch, was man von der zuweilen auftauchenden Idee eines Bündnisses mit den mittleren Staaten z. B. mit Schweden zu urtheilen hat. Preußen könnte sein Hab und Gut bis auf den kleinsten Heller mustern, und es würde nichts finden, was es Schweden als Gegenleistung bieten könnte.

Ganz anders steht es den Großmächten gegenüber. Es gibt große europäische oder vielmehr Weltfragen, in denen Rußland, Frankreich, England, Oestreich sehr wesentlich theilhaftig sind, in denen Preußen selbst nicht das geringste Interesse hat, bei deren Entscheidung es aber doch nicht umgangen werden kann. Die gesunde Politik Preußens scheint uns nun folgende zu sein: in diesen Fragen sichern wir demjenigen unsern Beistand, der uns seinen Beistand oder seine Neutralität in unsern Angelegenheiten zusichert.

Entsetzlich nüchtern! und doch hat diese Politik in frühern Zeiten Preußen groß gemacht. — Mit wahren Leichtsinne hat Preußen 1854 die große orien-

talische Krisis versäumt; eine Conjunction, die sie so günstig nicht leicht wieder kommt. In der italienischen Krisis hat es den Fehler begangen, von vornherein jede Möglichkeit einer Alternative abzuschneiden. Freilich darf man gegen das jetzige Ministerium nicht ungerecht sein. Denn die italienische Krisis war schon seit mehren Jahren vorbereitet, und Bündnisse der obigen Art lassen sich nicht improvisiren. Victor Emanuel hat das sehr gut verstanden; aber noch immer herrscht in Preußen der Grundsatz der „freien Hand“ d. h. des Abwartens, bis der Conflict losgegangen ist, um dann gewissermaßen als Schiedsrichter aufzutreten. Diese Politik hätte nur dann einen Sinn, wenn Preußen stärker wäre als beide Betheiligten zusammen, da dieser Schiedsrichter sich darauf gefaßt machen muß, daß sich beide zusammen gegen ihn wenden. Und daß sie auch für den Starken bedenklich ist, wird Napoleon noch einmal zu seinem Schaden erfahren.

Manche von unsern Erinnerungen wird man auch in den Blättern finden, welche gegen Preußen feindlich sind, oder man wird es wenigstens zwischen den Zeilen lesen; ausgeplaudert haben wir nichts, denn was wir gesagt, weiß alle Welt; nur die preußische Regierung vergißt es zuweilen. Darum halten wir es grade für nöthig, den Staat, dem wir mit Leib und Seele angehören, unsrerseits fortwährend daran zu erinnern, daß es nur von ihm abhängt, stark zu sein. Gesinnungen, wie diejenigen, die wir ausgesprochen, befeelen unser ganzes Volk. Wir predigen keine sogenannte Verstandespolitik: der Verstand allein kann niemals große Zwecke setzen, nur dem Verein von Verstand und Gefühl ist es möglich. Was wir für uns, was wir für Deutschland erstreben, erfüllt unser ganzes Herz und wir sind jedes Opfers dafür fähig. Aber der Verstand, unfähig, den Zweck zu setzen, muß die Mittel finden, und hier darf das Gefühl keine Stimme haben. Der beste Politiker ist der Mann der vollen und großen Leidenschaft, der aber diese Leidenschaft beherrscht und die Augen offen behält; der schlechteste Politiker ist derjenige, dessen Gefühl sich nicht in einer Sache concentrirt, sondern das sich allenthalben vordrängt, wo es nicht hingehört.

Und von dieser Art sind manche von unsern wohlmeinenden deutschen Freunden, die gleich uns Preußen im Grunde lieben, aber keine Gelegenheit versäumen, es zu tadeln. Preußen wegen der Mittel, die es anwendet, zu tadeln, hat aber nach unsrer Meinung nur derjenige das Recht, der sich seines Zieles klar bewußt ist und mit seinem Herzen wie mit seinem Verstand daran festhält. Nie oder fast nie wird der Angehörige eines andern deutschen Staats, auch wenn er zu unsrer Partei gehört, so empfinden wie wir Preußen; er muß verschiedene Gefühle gegen einander abwägen, um endlich zu einem Resultat zu kommen. Aber kommen muß er dazu, sonst hat er kein Recht in der Politik mitzusprechen. Diejenigen unsrer deutschen Brüder, die

ihre Zusammengehörigkeit mit dem deutschen Oestreich so stark empfinden, daß sie dieser Rücksicht jede andre opfern, tadeln wir deshalb nicht; wir ehren jede echte Ueberzeugung; nur müssen sie nicht dies zugleich wollen und das Entgegengesetzte, sie müssen nicht, um eine alte Reminiscenz von 1848 anzuwenden, die Republik wollen mit dem verstorbenen Großherzog an der Spitze.

Wenn Preußens Freunde oft Gelegenheit finden, sich über den Staat ihrer Liebe zu beklagen, so hat Preußen nicht weniger gerechten Grund, sich über seine Freunde zu beklagen. Es hat manches versäumt, aber es hat auch einiges gethan, und für dieses nicht die ausreichende Unterstützung gefunden. Wir wollen hier die Bundeskriegsverfassung nicht erwähnen, weil wir uns denken können, daß der preußische Ausweg das Gefühl nicht überall befriedigt. Aber es gibt eine andre Frage, in der das Gefühl jedes ehrlichen Deutschen nicht irren kann.

Wir haben oben die Besorgniß ausgesprochen, daß es in der kurhessischen Frage dem preußischen Ministerium schwer werden dürfte, seine verschiedenen Rücksichten mit einander zu vereinbaren. Es liegt aber in der Hand des deutschen Volks, ihm diese Lage zu erleichtern. Der Widerstand der deutschen Regierungen geht nicht aus einem Mangel an Sympathie für das hessische Volk, sondern nur aus der Besorgniß hervor, Preußen werde diese Frage zu seinen Sonderzwecken ausbeuten. Die meisten unsrer deutschen Staaten werden so gut regiert, daß sie keine Vergleichung zu scheuen haben. Wir führen nur Sachsen an. In Bezug auf das höhere Verfassungsleben läßt es sehr viel zu wünschen übrig; im übrigen leben die Einwohner zufrieden und glücklich. Wenn würde die sächsische Regierung den Kurhessen, deren Haltung über alles Lob erhaben ist, dasselbe Glück zu Theil werden lassen, das diese nach den Erfahrungen dieses Jahres nur in der Rückkehr zum alten Rechtssystem finden können, wenn nicht die vorhererwähnte Rücksicht sie hinderte. An der sächsischen Kammer ist es nun, die Regierung daran zu erinnern, daß diese Frage keine preußische, sondern eine deutsche ist; daß es sich gar nicht darum handelt, Preußen irgend einen Vorsprung zu lassen, sondern an einem wunden Fleck Deutschlands eine Heilung herbeizuführen, deren längeres Ausbleiben unsrer allgemeinen deutschen Zustände in Gefahr setzt. Wenn alle Landtage der deutschen Staaten sich in diesem Sinn aussprechen, so wird auf ganz friedlichem und ganz gesegnetem Weg eine Versöhnung angebahnt, deren Folgen sich viel weiter ausdehnen als über die engen Grenzen des Kurfürstenthums. —

† †